

# Psychologie der Talsohle

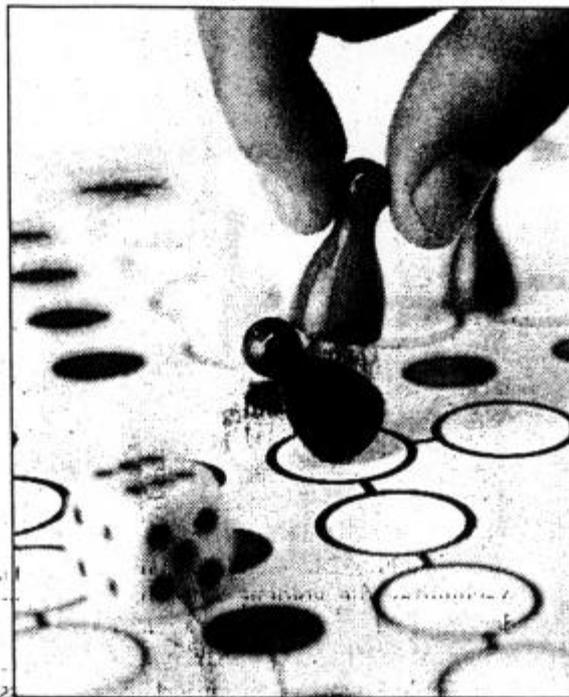
Die politische Stimmung ist schlecht.  
Politikwissenschaftler v. Alemann glaubt dennoch,  
dass die Empörung nicht dauerhaft bleibt.

Von REINHOLD MICHELS

DÜSSELDORF. Zwei Wochen vor den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen – sie sind die ersten wichtigen Reaktionsmöglichkeiten der Wähler auf die vielfach kritisierte Arbeit der rot-grünen Bundesregierung nach der Bundestagswahl am 22. September 2002 – scheint die SPD ihren Ansehens-Tiefpunkt in der Bevölkerung hinter sich zu haben.

Nach einer Umfrage („Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre...?“) des Instituts Infratest-dimap gelingt es der Partei von Bundeskanzler Gerhard Schröder allerdings nicht, den demoskopischen Vorsprung von CDU/CSU entscheidend zu verringern. Laut Infratest-dimap verbesserte sich die SPD um einen Prozentpunkt auf nunmehr 30 Prozent Zustimmung, während die Unionsparteien einen Punkt einbüßten. Jedoch bei 47 Prozent rangieren. Schröders Koalitionspartner Die Grünen sackten um einen Punkt auf elf Prozent, die FDP verbesserte sich demoskopisch von fünf auf nunmehr sechs Prozent Zustimmung. Das Institut hatte zwischen dem 13. und dem 16. Januar repräsentativ tausend Wahlberechtigte befragt.

Für den Düsseldorfer Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann kommt die leichte Verbesserung der SPD nach Wochen des demoskopischen Desasters nicht überraschend. Im Gespräch mit unserer Zeitung meinte der Wissenschaftler gestern, der Partei Schröders komme zugute, dass sie die Bundesregierung stelle und dass die Menschen irgendwann auch einmal nach einer langen stimmungsmäßigen Talwanderung auf eine Anhöhe strebten. Vor Weihnachten habe die Regierung Schröder wenige Wochen nach der knapp gewonnenen Bundestagswahl einen bis dato so nicht erlebten Absturz in der Wählergunst hinnehmen müssen. Eine derartige Negativ-Einstellung der Bevölkerung, verbunden mit massiver Kritik an der rot-grünen Koalition in sämtlichen Medien, mit Beschimpfungen und Zorn dauere kaum länger als höchstens vier Wochen. Von Ale-



Welche Politiker kegeln die Wähler in Niedersachsen und Hessen aus dem Spiel?  
Foto: keystone

mann: „Man kann nicht acht Wochen lang empört sein.“

Die Wähler hätten schimpfen und ihrem Unmut über die Bundesregierung freien Lauf lassen wollen, aber andererseits möchten sie auch positive Ansätze und Nachrichten aufgreifen, weil sie ihre Zukunft im Auge hätten und diese nicht mit ausschließlich negativen Einstellungen gegenüber der soeben wiedergewählten Regierung zu bewältigen sei. Schröder schien vor Weihnachten demoskopisch am Ende gewesen zu sein, aber, so von Alemann, in jedem Ende stecke auch ein neuer Anfang.

Der Düsseldorfer Politikwissenschaftler erwartet, dass von der gegenwärtigen Stimmungslage die amtierenden Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) in Hessen und Sigmar Gabriel (SPD) in Niedersachsen am Wahltag, dem 2. Februar, profitieren werden. Es sei eine Erfahrung, dass Regierungen, ob im Bund oder in den Bundesländern, kurz vor der Wahlentscheidung demoskopisch zulegen. Koch werde von der grundsätzlich kritisch bleibenden Einstellung der Bürger gegenüber der Politik der Bundesregierung noch stärker und zusätzlich profitieren. Gabriel werde vielleicht noch einmal glimpflich davonkommen, wobei für Gabriels Weiterregieren in Hannover wichtig sei, dass die FDP nicht in den niedersächsischen Landtag kommt.

Koch hingegen erreiche wohl auch ohne Hilfe der hessischen Liberalen die absolute Mehrheit der Mandate im Wiesbadener Parlament.

Von Alemann glaubt nicht, dass die Arbeitnehmer noch verbitterter auf die Leistungen der Regierung Schröder reagieren werden, sobald sie ihre Januar-Gehaltsabrechnungen mit dann teilweise deutlich geringeren Netto-Bezügen in Händen halten. Dass sie Ende Januar weniger in der Tasche haben würden, hätten die meisten Menschen bereits im Dezember 2002 verinnerlicht. Nach von Alemanns Einschätzung könnte sich sogar der entgegengesetzte Effekt einstellen, dass viele Arbeitnehmer dächten: Na ja, man habe noch Schlimmeres befürchtet, so grottenschlecht sei es dann doch nicht gekommen. Alemann: „Ich glaube nicht, dass die Stimmung Ende Januar noch einmal sackt.“

Zu den Auswirkungen der Krieg- und Frieden-Debatte rund um einen möglichen Militärschlag gegen den Irak meinte der Politikwissenschaftler der Uni Düsseldorf: „Einerseits wollen die Wähler keinen Krieg, andererseits wünschen sie auch nicht, dass sich die eigene Regierung mit den Verbündeten, voran Frankreich und den USA, überwirft.“ Deshalb werde die Bundesregierung Schröder versuchen, sich durchzulavieren. Gelänge es Schröder, beim Nein zum Krieg zu bleiben und gleichzeitig mit den wichtigsten Verbündeten einen irgendwie gearteten Kompromiss zu finden, wäre die CDU/CSU-Opposition schlecht beraten, dagegen politisch Front zu machen.

Den Unionsparteien, die demoskopisch von der negativ bewerteten Regierungsarbeit in Berlin profitieren, riet von Alemann, mit ihren massiven Vorwürfen von Lüge und Betrug an die Adresse von Rot-Grün zurückhaltender zu sein. Längerfristig schade das dem allgemeinen Vertrauen der Menschen in die Parteien, also auch in die CDU/CSU. Die Wähler vergäßen zwar nicht so schnell ihren tiefen Ärger über die ersten Wochen und Monate der Regierungspolitik Schröders, aber letztlich wären sie auch gerne bereit, wieder konstruktiv zu denken.